

ANSPRECHPARTNER



GABRIELE REICH-GUTJAHR

✉ gabriele.reich-gutjahr@fdp.landtag-bw.de
☎ 0711 2063 9104



DANIEL KARRAIS

✉ daniel.karrais@fdp.landtag-bw.de
☎ 0711 2063 9101



ISABELL HEGYI

Parlamentarische Beraterin

✉ isabell.hegyi@fdp.landtag-bw.de
☎ 0711 2063 9136

LIBERALE PARLAMENTSARBEIT 2020

BEREICH UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

Als FDP/DVP Fraktion unterstützen wir die Ziele der Pariser Klimakonferenz. Deshalb haben wir im Oktober das grün-schwarze Klimaschutzgesetz entschieden abgelehnt. Schon dessen oberstes Ziel, die Treibhausgas-Emissionen in Baden-Württemberg bis 2030 um 42 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990 zu reduzieren, wurde durch einen Beschluss des EU-Parlaments überholt und ist reine Symbolpolitik. Klimaschutz endet nicht an den Landesgrenzen. Den Unternehmen bürdet Grün-Schwarz mit der Photovoltaik-Pflicht beim Neubau von Nicht-Wohngebäuden und Parkplätzen zusätzliche bürokratische Hürden und Kosten auf und greift massiv in die unternehmerischen Freiheiten ein. Dabei weiß die Landesregierung auf unsere Nachfrage hin ([Drucksache 16/8685](#)) nicht einmal, wie viele Neubauten über eine Solaranlage verfügen, hält aber trotzdem eine Pflicht für erforderlich. Alternative Maßnahmen für eine bessere Klimabilanz werden gar nicht betrachtet. Die Einführung einer Klimaabgabe auf Flugreisen der Landesverwaltung und Hochschulen scheint ausschließlich der Finanzierung der Klimaschutzstiftung zu dienen, ist der innereuropäische Luftverkehr doch seit 2012 in den EU-Emissionshandel einbezogen. Klimaschutz gelingt mit den Prinzipien der Subsidiarität, der sozialen Marktwirtschaft und Technologieoffenheit, nicht mit Gesetzen.

2020 hat es Grün-Schwarz wieder einmal verpasst, sich endlich für die notwendigen Anpassungen im Erneuerbare Energie-Gesetz (EEG) auf Bundesebene einzusetzen und riskiert damit sogar das Aus von rund 30.000 Photovoltaikanlagen im Land. Das hat unser Antrag „Photovoltaikanlagen nach Beendigung der Förderung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz“ ([Drucksache 16/8706](#)) zu Tage gebracht. Der nun vorliegende Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur EEG-Novelle setzt den planwirtschaftlichen und teuren Weg fort. Anreize zum Weiterbetrieb von Anlagen, die ab dem 01.01.2021 aus der Förderung fallen, fehlen völlig. Wir fordern, dass Erneuerbare schon heute vollständig in den Wettbewerb überführt werden. Es ist untragbar, dass in Deutschland 52 Prozent der Stromkosten staatlich veranlasst sind und auf die Kunden umgelegt werden. Nur wenn das Energiesystem der Zukunft wirtschaftlich eigenständig tragfähig ist, kann es seinen vollen Beitrag zu einem effizienten Klimaschutz leisten und die Menschen mitnehmen.

INITIATIVEN

- » Photovoltaikanlagen nach Beendigung der Förderung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) [Drucksache 16/8706](#)
- » Entwurf Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg [Drucksache 16/8685](#)
- » Abstandsregelungen zum Ausbau der Windenergie in Baden-Württemberg [Drucksache 16/8380](#)
- » Photovoltaikanlagen auf Lärmschutzwällen [Drucksache 16/8091](#)
- » Ansätze für einen Markthochlauf von Wasserstofftechnologien [Drucksache 16/7890](#)
- » Gesetz zur Änderung des Naturschutzgesetzes und des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes – Verbot von Schottergärten zur Gestaltung von privaten Gärten [Drucksache 16/8611](#)

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Verwendung der Abbildungen und Textbeiträge liegen bei der FDP/DVP Fraktion. Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

IM FOKUS

SYMBOLPOLITIK, ANSTATT POLITIK, DIE RECHNEN KANN

Am 1. Oktober 2020 diskutierten wir im Landtag mit Vertretern aus Verbänden und Wissenschaft bei einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Energiewirtschaft den Gesetzesentwurf der Landesregierung zur Weiterentwicklung des Klimaschutzes.



ARBEITSKREIS

Umwelt, Klima und
Energiewirtschaft



ANSPRECHPARTNER

Gabriele Reich-Gutjahr MdL
Daniel Karrais MdL



IMPULSPAPIER

Smartes Ländle –
Smarter Klimaschutz

Abrufbar unter
www.fdp-dvp.de

Minister Untersteller bezeichnete die Photovoltaik-Pflicht für alle neuen Nicht-Wohngebäude als innovativ und mutig und die kommunale Wärmeplanung als einen großen Wurf. Dem widersprach unser umwelt- und energiepolitischer Sprecher, Daniel Karrais deutlich. Der Gesetzesentwurf sei nicht nur teure Symbolpolitik, sondern greife vor allem in die Entscheidungsfreiheit der Wirtschaft und der Kommunen ein. Generell sei fraglich, welche Rolle Baden-Württemberg dabei im europäischen Rechtsrahmen spiele, wenn man den „Wasserbetteffekt“ bedenke.

„Wir sehen schon, dass dieser stattfindet, indem die Menge CO₂, die hier, in Baden-Württemberg eingespart wird, durch bestimmte Mechanismen an anderer Stelle in Europa ausgestoßen werden kann. Deshalb brauchen wir eine europäische Lösung oder mindestens eine nationale Lösung, aber keine Alleingänge auf regionaler Ebene. Das wird dem Thema einfach nicht gerecht“, betonte Karrais.

Auch die Experten der Universität Stuttgart und des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt waren nur verhalten optimistisch ob dessen, was

vorgelegt wurde und wiesen vor allem auf Doppelstrukturen, beispielsweise bei der Flugkompensation hin. Dass der bisher eingeschlagene Weg der Landesregierung nicht funktioniert, zeigt sich auch darin, dass Baden-Württemberg die für Ende 2020 angepeilten Klimaziele nur mit Ach und Krach erreichen wird. Und dies nur durch Schützenhilfe aus Berlin, das den CO₂-Ausstoß bei Kohle und Gas mittlerweile bepreist. Selbst die Corona-Pandemie, während der die Menschen zu Hause und Flugzeuge am Boden bleiben, hat die Situation bisher kaum entschärft.

Für uns als FDP/DVP Landtagsfraktion heißt das nicht, dass wir in Zukunft nichts für den Klimaschutz tun müssen. Was wir aber brauchen, sind innovative und intelligente Maßnahmen für echten Klimaschutz und eine Politik, die rechnen kann. Was dem Klimaschutz nicht dient, sind symbolpolitische Ziele, die in einem Gesetz festgeschrieben werden.